

Grüne fordern Sondersitzung zu Grundwasserverunreinigung in Baden-Baden - Nationale Medien berichten über "Umwelt-Entwarnung" - Staatsanwaltschaft ermittelt



Bericht: Christian Frietsch

Baden-Baden, 30.05.14, 00:00 Uhr Das angebaute Gemüse wie Spargel rund um Baden-Baden und das Grundwasser zeige «keine bedenklichen Belastungen», hat der zuständige Bürgermeister Michael Geggus vorgestern erneut beteuert. Auch nationale Medien wurden auf die beunruhigende Nachricht aufmerksam, dass «landwirtschaftlichen Flächen rund um Baden-Baden mit giftigen Fluor-Kohlenstoffverbindungen» versetzt sein sollen. Unter anderen berichteten am Mittwoch die Online-Ausgaben der Bild-Zeitung und des Nachrichtenmagazins Focus über das Umweltproblem, das für Baden-Badens Image als Kur- und Touristenziel nicht sonderlich förderlich sein wird.

«Entwarnung nach PFT-Verunreinigung: Ermittlungen laufen», titelte Focus-Online nach den beruhigenden Worten von Michael Geggus. Die Böden würden jedoch auch nach der vorläufigen Entwarnung weiter untersucht, heißt es seitens der zuständigen Behörden, damit «ein klares Schadensbild» erstellt werden könne. Eine Bodensanierung komme ebenfalls in Betracht. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft, um zu klären, wer für den entstandenen Schaden verantwortlich sein könnte.

Der krebserregend eingestufte Stoff, sogenannte perfluorierte Tenside, PFT, sei möglicherweise durch Löschschaum und belasteten Papierschlamm in die Böden gelangt. Ein nicht mehr zulässiger Löschschaum war 2010 bei einem Großbrand im Baden-Badener Ortsteil Sandweier eingesetzt worden. Ein Hersteller eines verdächtigten Düngers sei bereits festgestellt worden, in diese Richtung ermittle auch die Staatsanwaltschaft. Der Brand in Sandweier im Februar 2010, bei dem von der Baden-Badener Feuerwehr der umstrittene Löschschaum eingesetzt wurde, hatte im April das Verhältnis zwischen den zuständigen Behörden in Baden-Baden und Rastatt erhitzt. Der damals eingesetzte Löschschaum mit der PFT-haltigen Substanz soll nun im Grundwasser einen schadensrelevanten Wert ausgelöst haben und dies nicht etwa in Baden-Baden, sondern in Rastatt. Dieser Einschätzung war zumindest der in Rastatt zuständige Bürgermeister Wolfgang Hartweg. Dessen Baden-Badener Kollege Michael Geggus, hatte Mitte April im *goodnews4*-VIDEO-Interview alle Sorgen zurückwiesen und schon damals Entwarnung gegeben. Geggus bestätigte schon in diesem Interview die Ansicht, dass die Substanz PFT im Verdacht stehe, krebserregend zu sein. Das Wasser, das abgegeben werde, liege aber unter den Werten, die schädlich seien. Der Baden-Badener Bürgermeister war sich schon im April sicher, dass die Schadstoffe im Grundwasser der Stadt Rastatt nicht durch den bei dem Brand in Sandweier verwendeten Löschschaum herrühren.

Weiterhin im Raum steht die Einschätzung von Wolfgang Huber, Kreisvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender der Umweltstiftung Rastatt, der in den bisher bekannten Fakten nur die Spitze eines Eisbergs sieht. Ein Schreiben von Günther Seifermann vom 22. Mai an Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner wurde offenbar noch nicht beantwortet. In dem Schreiben fordert der Stadtrat für die Fraktion der Grünen die «Einberufung des gemeinderätlichen Bau- und Umweltausschusses zu einer Sondersitzung über dieses Thema unverzüglich vorzunehmen». In Baden-Baden sind nach derzeitigem Stand die Ortsteile Sandweier und Haueneberstein betroffen. [PDF Antrag von Stadtrat Seifermann an OB Gerstner](#)